

## In Kürze

## UNTERSUCHUNG ZUR FLUKTUATION

## Kantonale Parlamentarier tun es nicht für das Geld

## US-STEUERPROGRAMM

Clientis-Bank

## nimmt nicht teil

Die 15 Banken der Clientis-Gruppe nehmen nicht am US-Steuerprogramm teil. Die Verwaltungsräte der einzelnen Clientis-Banken hätten diesen Entscheid nach umfangreichen Abklärungen gefällt, teilte die Regionalbankengruppe mit. Sie seien überzeugt, keine US-Steuererlöse verletzt zu haben. Die Abklärungen verursachten Kosten von 0,5 Millionen Franken. sda

## CROSSRAIL

## Rhenus-Gruppe übernimmt Mehrheit

Die deutsche Rhenus-Gruppe übernimmt eine 50,1-Prozent-Mehrheit am Güterbahnhunternehmen Crossrail mit Sitz in Muttenz. Crossrail soll Sitz, Leitung und Namen behalten. Der Kaufpreis ist geheim. Ziel des Deals, den die Wettbewerbsbehörden noch prüfen, sei Wachstum. Crossrail ist spezialisiert auf Ganzzug-Gütertransporte über die Alpen via Gotthard oder Lötschberg. Mit 370 Angestellten erwirtschaftet Crossrail einen Jahresumsatz von 140 Millionen Franken. sda

## ANTIBIOTIKA

## Bund will Abgabe begrenzen

Der Bund will Medikamentenrückstände in Lebensmitteln und Antibiotikaresistenzen bekämpfen. Dafür soll die Tierarzneimittelverordnung geändert werden: Bauern sollen nach der Revision bestimmte Antibiotika für ihre Tiere nicht mehr auf Vorrat erhalten. Dabei geht es um kritische Antibiotika. Diese enthalten neuere antibiotische Wirkstoffe, gegen die noch wenige Resistenzen bestehen. sda

## LUZERN

## Untersuchung zu IT-Beschaffungen

Der Luzerner Regierungsrat lässt das Beschaffungswesen in der Dienststelle Informatik aufarbeiten. Grund sind Unregelmäßigkeiten, zu denen es von 2009 bis 2011 gekommen war. Die Untersuchung soll zeigen, ob die damals herrschenden Verhältnisse in der Dienststelle Gesetzesverstöße begünstigt und ob eingeleitete Massnahmen Wirkungen gezeigt haben. sda

## GEOTHERMIE

## Projekt kostet 60,2 Millionen Franken

Das gescheiterte Geothermiprojekt der Stadt St. Gallen kostet rund 60,2 Millionen Franken. Davon soll der Bund 16 Millionen über eine Risikogarantie decken. Der Rest geht zu Lasten der Stadt. Noch am Laufen sind Untersuchungen über eine mögliche Erdgasförderung. Der Stadtrat hatte im Mai 2014 beschlossen, das Projekt abzubrechen. sda

## MEDIKAMENTE

## Zulassung darf genannt werden

Bei Werbung für Medikamente, die von Swissmedic zugelassen sind, soll die Zulassung künftig erwähnt werden dürfen. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) hat eine Anhörung in die Vernehmlassung geschickt. Ein behördliches Qualitätsiegel könnte dazu beitragen, die Qualität der Arzneimittel in der Werbung besser auszuweisen. Das EDI erfüllt damit eine Forderung des Parlaments. sda

**Müssen die Entschädigungen für Parlamentarier erhöht werden, um das politische Engagement attraktiver zu machen? Eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit kommt zu einem klaren Ergebnis: Es nützt nichts.**

dass den für ein parlamentarisches Amt ausbezahlten Vergütungen eine nahezu vernachlässigbare Rolle zukommt.» Der erntetezte Satz ist das zentrale Ergebnis einer umfangreichen Untersuchung durch die Politikwissenschaftlerin Antoinette Feh an der Universität Bern. In ihrer Dissertation zur Mitgliederfluktuation in den Kantonsparlamenten hat sie in akribischer Arbeit die Austrittsgründe von Politikerinnen und Politikern in allen schweizerischen Kantonsparlamenten von 1960 bis 2012 analysiert. Der Erkenntnisgewinn besteht vor allem darin, dass

die Arbeit für unterschiedliche Theorien und Lösungsansätze gerade keinen Nachweis erbringt. **Zeit ist das Problem**

Das Ergebnis überrascht, weil der geringe Lohn auf kantonaler und kommunaler Stufe immer wieder als Grund für das wachsende Desinteresse an politischer Arbeit genannt wird. Zu mindest bei jenen Leuten, die aktiv in einem Kantonsparlament mitgearbeitet haben, spielt er eine vernachlässigbare Rolle. Fehs Vergleich zwischen den Kantonen zeigt, dass sich kein statistischer Zusammenhang

**«Grundsätzlich haben die Politiker nicht angegeben, dass die politische Arbeit unbefriedigend ist.»**

Antoinette Feh  
Politikwissenschaftlerin

zwischen der Höhe der Vergütungen und der Verweildauer im Parlament herstellen lässt.

Im Zentrum steht viel mehr der Faktor Zeit: Die Grosszahl der Politikerinnen und Politiker auf kantonaler Ebene arbeitet über 50 Prozent und ringt den Aufwand für die Politik der Freizeit ab. Entsprechend lässt sich zeigen, dass die meisten Rücktritte, sofern sie nicht altershalber erfolgen, dann zu verzeichnen sind, wenn sich Beruf, Familie und Politik nicht mehr unter einen Hut bringen lassen. Einschränkend bleibt festzustellen, dass sich die Befragung aus-

schiesslich auf eine Gruppe bezieht, die sich im Wissen um die Entschädigung für ein politisches Mandat entschieden hat. Weitgehend unerforscht ist die Frage, ob sich mehr politisch Interessierte für ein Engagement gewinnen liessen, wenn die Entlohnung grosszügiger wäre.

## Hohe Fluktuation

Obwohl auch der geringe Handlungsspielraum der Parlamente immer wieder als Ursache für die Desillusionierung von Parlamentarierinnen genannt wird, lässt sich selbst dafür kein Zusammenhang vergleichsweise hoch ist. Die internationale Forschung geht ba-

ren Mitgliedern stärkere politische Instrumente und zusätzliche Betreuungsangebote angehören lassen, weisen deswegen keine geringere Fluktuation aus. Im Gegenteil: Sogar eine leicht höhere. «Grundsätzlich haben die Politiker nicht angegeben, dass die politische Arbeit unbefriedigend ist», hat Feh auch in 391 schriftlichen Befragungen festgestellt.

Hingegen hat die Auswertung der Zahlenreihe seit 1960 ergeben, dass der Mitgliederwechsel in den kantonalen Legislativen vergleichsweise hoch ist. Die internationale Forschung geht ba-

**Die Zürcher Politikwissenschaftlerin Antoinette Feh hat den Personalwechsel in den Kantonsparlamenten untersucht. Ergebnis: Die Fluktuation ist höher als erwartet.**

Frau feh, sind Politiker Idealisten?

Antoinette Feh: Ich würde sie eher als Personen mit gemischten Motiven mit einem Sinn für das Gemeinwohl bezeichnen. Sie wollen etwas bewirken, deshalb engagieren sie sich.

**Das deckt sich nicht mit dem verbreiteten Bild des selbstsüchtigen Machtmenschen aus dem Dienststagskrimi.**

Wir reden hier ja nicht von Berufspolitikern, deren Existenz grösstenteils von der Wiederwahl abhängt. Die Milizparlamentarier in den Kantonen leben von einem Berufseinkommen. Ihre grosse Mehrheit arbeitet deutlich über 50 Prozent. Die politische Arbeit leisten sie nebenbei. Was sie zu ihrer Motivation sagen, deckt sich mit anderen Untersuchungen, die zeigen, dass in der Schweiz überdurchschnittlich viele Leute freiwillige und ehrenamtliche Arbeit leisten.

**Rechte bleiben länger**

In den Details zeigt die Untersuchung kaum markante Auffälligkeiten. Frauen werden nicht häufiger abgewählt als Männer, ebenso wenig sind ausgesuchte Berufs- oder Altersgruppen besonders gefährdet. Signifikante Unterschiede gibt es zwischen Stadt und Land sowie links und rechts. Wird die Zahl ausserordentlicher Rücktritte während einer Legislaturperiode als Gradmesser für politisches Durchhaltevermögen gelesen, so ist dieses in urbanen Gebieten sowie bei SP und Grünen geringer, während Bürgerliche und ländliche Parlamentsmitglieder mehr Sitzleider aufweisen. Als besonders abwahlfreudig Kantonen haben sich das Tessin und Schaffhausen entpuppt, wobei dies in Schaffhausen auf den Wahlzwang zurückzuführen sein dürfte. Ebenso wie es im Kanton Graubünden infolge des speziellen Wahlsystems äusserst selten zu einer Abwahl kommt. Dort bleiben Parlamentarier mit durchschnittlich fast zehn Jahren auch am längsten im Amt, während dieser Wert schweizweit bei knapp acht Jahren liegt.

**Sie kommen zum Schluss, dass nicht die geringe Entschädigung, sondern der Zeitmangel für zurücktretende Politikerinnen und Politiker entscheidend ist. Ist das nicht eine vornehme Umschreibung für dasselbe?**

Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen steigendem Beschäftigungsgrad und dem Aus scheiden aus dem Parlament. Man muss sehen, dass diese Leute pro Woche neben Beruf und Familie 10 bis 15 Stunden für ihr politisches Mandat aufwenden. Das ist ein Knochenjob. Nicht selten kommen sie an einen Punkt, an dem sie das neben dem beruflichen Engagement oder den familiären Verpflichtungen nicht mehr bewältigen können.

Michael Hug



Antoinette Feh  
Stefan Anderegg

**Ist der Personalwechsel in den Kantonsparlamenten deshalb zu hoch?**

So kann man das nicht sagen. Die Kantonsparlamente funktionieren. In der Forschung vergleicht man die Höhe des Mitgliederwechsels mit dem Idealwert für europäische Länder, zum zwischen 20 und 30 Prozent liegt. In den Kantonsparlamenten ist die Fluktuation generell höher, zum Teil markant. Das war bisher nicht bekannt. Die Zahlen sind seit 1960 leicht ansteigend. Das ist nicht dramatisch, aber es wäre sicher sinnvoll, die Entwicklung im Auge zu behalten.

**Besonders hoch ist sie zum Beispiel in Schaffhausen, das einen Wahlzwang kennt.**

Der Wahlzwang führt zu höherer Fluktuation, auch zu deutlich mehr Abwählen. Ob das nun eher daran liegt, dass die Leute irgendwie eine Liste einwerfen, damit sie ihrer Pflicht erledigt haben, oder daran, dass sie auf die höhere Beteiligung zurückzuführen sind, habe ich nicht untersucht. Einen starken Einfluss haben übrigens auch Parlamentsverkleinerungen in deren Vorfeld die sich die Rücktritte zum Ende einer Legislaturperiode hin häufen. Deshalb sollten solche Verkleinerungen gut geplant werden.

**Aus ihrer Dissertation kann man gewisse Vorbehalte gegen Parlamentsverkleinerungen herauslesen.**

Ausdrucksweise ist sie für die Politikberatungsfirma Köhler, Stüdeli und Partner in Bern tätig. hu

sprt werden kann. Gleichzeitig verteilt sich aber die selbe Arbeit auf weniger Schultern. Wenn man weiß, wie wichtig der Faktor Zeit für die Politikerinnen und Politiker ist, sollte man sich über die Folgen im Klaren sein. Sind Milizparlamente so überhaupt noch möglich? Ich denke, wir sollten Sorge tragen zu den Menschen, die sich in Kantonsparlamenten engagieren.

**Woran liegt es, dass die Parteien zunehmend Mühe haben, Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter zu finden?**

Ich denke, dass auch dies an der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat liegt. Die Leute fragen sich, ob ihnen ein solches Mandat den Preis wert ist, den sie dafür bezahlen müssen. Die Menschen sind heute höher getaktet, der Freiraum für mehr oder weniger ehrenamtliche Engagements wird kleiner. hu

## ZUR PERSON

**Antoinette Feh Widmer**  
Die Zürcher Politikwissenschaftlerin Antoinette Feh Widmer, 42, hat im Rahmen ihrer vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Doktorarbeit während dreieinhalb Jahren die «Parlamentarische Fluktuation auf subnationaler Ebene in der Schweiz am Institut für Politikwissenschaften der Universität Bern untersucht. Die Dissertation wird in den nächsten Monaten publiziert. Feh arbeitete zuerst als Primärlehrerin, war im Personalausbildungsbereich und bei der EP 02 tätig, bevor sie 2003 in Zürich ihr Studium begann. Mit Professor Adrian Vatter wechselte auch sie von Zürich an die Universität Bern, wo sie das Forschungsprojekt zu den Kantonsparlamenten in Angriff nahm. Seit Dezember ist sie für die Politikberatungsfirma Köhler, Stüdeli und Partner in Bern tätig. hu

## Implenia expandiert

**BILFINGER-GRUPPE** Der Baukonzern Implenia stärkt sein internationales Infrastrukturgeschäft durch die Übernahme von Bilfinger Construction. Der Auslandsanteil am Umsatz steigt von 12 auf 29 Prozent.

Der Baukonzern Implenia kauft von der deutschen Bilfinger Gruppe die Bilfinger Construction. Damit verstärkt der Schweizer Marktführer seine Kompetenzen im Tunnel-, Brücken- und Kraftwerkbau und kann seine Abhängigkeit von der Schweizer Baukonjunktur reduzieren.

Implenia-Chef Anton Affentranger zeigte sich von der Übernahme begeistert. «Es ist die wichtigste Transaktion, seit es Implenia gibt», sagte er gestern. Der Baukonzern kaufe sich mit der Infrastruktursparte von Bilfinger nicht nur Kompetenz, sondern auch Zugang zu einem dreimal so grossen Markt.

Implenia erhält mit Bilfinger Construction tatsächlich einen deutlich stärkeren Auftritt in Deutschland und Schweden als heute. Entsprechend wird auch der Umsatzanteil des Baukonzerns ausserhalb der Schweiz markant von heute 12 auf 29 Prozent ansteigen. Implenia wird also europäischer. sda

## Jungwölfe geraten ins Visier



Erfolg für die Gegner des Wolfes: Bald sollen Jungtiere leichter zum Abschuss freigegeben werden können. Keystone

**JAGD** Der Bund will die Jagdverordnung so lockern, dass Wölfe schneller abgeschossen werden können. Er trägt damit der Landwirtschaft, den Jägern und der Bergbevölkerung Rechnung. Umweltschutzorganisationen sind enttäuscht.

Schweizer Wölfe sollen künftig unter bestimmten Voraussetzungen rascher abgeschossen werden können. Ins Visier sollen neu auch Jungwölfe aus Wolfsrudeln kommen, wenn sie Menschen und ihren Häusern zu nahe kommen oder zu wenig Scheu zeigen.

Der Bund will die eidgenössische Jagdverordnung entsprechend anpassen, wie das Bundesamt für Umwelt (Bafu) gestern mitteilte. Der Bund trägt damit vor allem der Landwirtschaft, den Jägern und der Bergbevölkerung Rechnung, die wiederholt ihre Bedenken gegen den Wolf geäußert haben.

Der Hintergrund ist die Rudelbildung in der Schweiz seit 2012. Laut der Schweizer Raubtierforschungsstelle Kora leben hierzulande derzeit 15 bis 20 Wölfe – hinzu kommen weitere, die auf der Durchreise sind. Im Kanton Graubünden brachte ein Wolfspaar in den letzten drei Jahren Junge zur Welt. Diese Wölfe sind als Calanda-Rudel bekannt. Die

ersten Wölfe waren 1995 aus Italien eingewandert. Die Jungwölfe sollen gemäss Mitteilung dann ins Visier genommen werden, wenn sie sich «wiederholt innerhalb oder in unmittelbarer Nähe von Siedlungen aufzuhalten und zu wenig Scheu zeigen». Das Bafu betont jedoch, dass Wölfe weiterhin gehalten werden können und wie ein Rudel reagiert, wenn ein Jungwolf abge-

schossen wird. Die Revision und die Untersuchung geben auf diverse Vorstösse aus dem Parlament zurück. So verlangte der Bündner BDP-Nationalrat Hansjörg Hasser 2010 ein langfristiges und international abgestimmtes Grossrautiermanagement. Der Bündner CVP-Ständerat Stefan Engler, ein passionierter Jäger, verlangte dieses Jahr vom Bundesrat eine Bestandesregulierung. In der Debatte im Sommer erklärte Bundesrätin Doris Leuthard, dass die Regulierung der Wolfsbestände nach Ansicht des Bundesrates vereinbar wäre mit der Berner Konvention über den Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen.

## Entscheid kritisiert

Die Pro Natura und der WWF zeigten sich gestern enttäuscht: «Obwohl nur eine einzige – weitgehend unauffällige – Wolfsfamilie in der Schweiz lebt, nimmt Bundesrätin Doris Leuthard jetzt schon die Jungwölfe ins Visier», schreiben die Pro Natura und der WWF Schweiz in einer gemeinsamen Mitteilung.

Sie kritisieren die Pläne als Schnellschuss. «Wer bei einem landesweiten Gesamtbestand von gerade mal 25 Wölfen so drastische Massnahmen plant, darf öffentlich auffallen. Es möchte auch herausfinden, ob die Jungwölfe aus Siedlungsgebieten vertrieben werden können und wie das Rudel reagiert, wenn ein Jungwolf abge-

## Einigung bei der Swiss

**GESELLSCHAFT** Die Swiss hat sich mit dem Vorstand des Pilotenverbandes Aeropers auf Eckwerte für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) geeinigt. Auf der Grundlage des neuen GAV werden künftig alle Swiss-Piloten Langstreckenjets fliegen können.

Natürlich, das Übergewicht macht uns etwas zu schaffen. Doch wichtig für die Gesundheit ist neben gesunder Ernährung auch Bewegung. Und hier kann sich die Schweiz sehen lassen. «Die Schweizer Bevölkerung ist überaus sportlich», lobt das Bundesamt für Sport (Basp) im Bericht «Sport Schweiz 2014». Die Zahlen sind in der Tat erfreulich: Die sportlichen Aktiven wurden in den letzten Jahren noch aktiver. Und selbst Nichtsportler seien keine Bewegungsmuffel, hält das Basp fest. Mehr als die Hälfte davon bewege sich bei der Arbeit und im Alltag so, dass sie die Empfehlungen der Basp und des Bundesamts für Gesundheit (BAG) einhält.

Die Basp erläutert: «Die Basp und das BAG empfehlen eine tägliche körperliche Aktivität von mindestens 30 Minuten. Dies entspricht etwa 15 Minuten intensiver Bewegung pro Tag.»

Statistik (BFS) ist zu entnehmen, dass die Bevölkerung dazu neigt, ihre körperlichen Aktivitäten zu unterschätzen.

So ist vielleicht auch zu wenig bekannt, wie gut die Schweiz international darstellt: Sind hier lediglich 26 Prozent sportlich nicht aktiv, sind es in Italien 60 Prozent und in Bulgarien gar 78 Prozent.

**FROHE BOTSCHAFT 2**  
Gesundheit

zent.

Dies zeigen Eurobarometer-Daten, die das Basp im Bericht aufliest.

**Sehr zufriedene Patienten**

Selbst wer einmal krank wird, bleibt zufrieden – zumindest mit der Behandlung im Spital. Dies zeigen die Resultate der Patientenbefragung 2012 in Akutspitälern, welche der Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern (ANQ) diesen Frühling publiziert. Bei diesen nationalen Befragungen habe die Patientenzufriedenheit auf einer Skala von 1 bis 10 durchschnittliche Werte zwischen 9 und 9,4 erreicht.

Brigitte Walser

**Good news** – In einer kleinen Serie veröffentlichten wir über die Feiertage ausnahmsweise einmal positive Meldungen. Denn nicht nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten – auch wenn man das Zeitungslektüre vielleicht manchmal denken könnte.

## SPORTAK